

Vermögenssteuern im medialen Diskurs: Wertvorstellungen, Ausgestaltung und ökonomische Auswirkungen

Hendrik Theine, Georg Hubmann und Quirin Dammerer

Keywords: *Vermögenssteuer, Kritische Diskursanalyse, Medienberichterstattung, Österreich*

Theine, Hendrik, Georg Hubmann und Quirin Dammerer. 2023. Vermögenssteuern im medialen Diskurs: Wertvorstellungen, Ausgestaltung und ökonomische Auswirkungen. In: *Eigentum, Medien, Öffentlichkeit. Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft*, herausgegeben von Selma Güney, Lina Hille, Juliane Pfeiffer, Laura Porak und Hendrik Theine, 333–356. Frankfurt am Main: Westend. <https://doi.org/10.53291/JUXW7618>.

Abstract

*Die gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte über Vermögenssteuern hat in den letzten Jahren an Intensität gewonnen. Im folgenden Beitrag analysieren wir ausgewählte befürwortende und ablehnende Argumentationsmuster aus Kommentaren in fünf großen österreichischen Tageszeitungen im Zeitraum von 2005 bis 2020. Aufbauend auf einer bereits publizierten inhaltsanalytischen Untersuchung der Argumente in der Debatte (Dammerer et al. 2023) werden mithilfe einer Kritischen Diskursanalyse ideologische Bezugspunkte, Metaphern und Stilmittel sowie soziale Akteur*innen und Quellen identifiziert. Wir zeigen, dass die ablehnenden Argumentationsmuster auf allen untersuchten Ebenen und in vielfältiger Weise Vermögenssteuern infrage stellen. Demgegenüber fehlt eine eigenständige und überzeugende befürwortende Erzählung.*

1 Einleitung: Vermögenssteuern im gesellschaftlichen Diskurs

Die gesellschaftliche Debatte über Vermögenssteuern hat in den letzten Jahren an Intensität gewonnen. Das ist einerseits auf die ohnehin schon hohe und weiterhin wachsende Vermögensungleichheit (Alvaredo et al. 2018) und andererseits auf verschiedene ökonomische Krisen (zum Beispiel Finanzkrise, Eurokrise, Coronakrise, Klimakrise) zurückzuführen. Neben der politischen Auseinandersetzung hat auch im wissenschaftlichen Diskurs das Interesse an der Vermögensverteilung sowie an Möglichkeiten zur Vermögensbesteuerung stark zugenommen (Heck et al. 2020; Piketty 2013; 2019).

Österreich stellt einen interessanten Fall dar. Hier ist im europäischen Vergleich die Vermögensungleichheit besonders hoch und das Aufkommen aus Vermögenssteuern besonders gering: Aktuell besitzt ein Prozent der Bevölkerung etwa 40 Prozent des privaten Nettovermögens, während der Anteil der vermögensbezogenen Steuern an den gesamten Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen bei 1,4 Prozent liegt (Heck et al. 2020; OECD 2022). In den letzten Jahrzehnten wurden die Vermögenden tendenziell sogar noch entlastet, beispielsweise durch die Abschaffung der allgemeinen Vermögenssteuer in den Jahren 1993 und 1994. Eine Wiedereinführung in veränderter Form wird seit 2009 verstärkt diskutiert (Dammerer und Hubmann 2021); dahingehende politische Initiativen blieben aber bislang ohne parlamentarische Mehrheit.

In der öffentlichen Debatte um Vermögenssteuern spielen Medien eine zentrale Rolle. Sie stellen nicht nur Informationen bereit, sondern tragen über die Verbreitung und Verstärkung von Narrativen sowie gesellschaftlichen Normen auch aktiv zur Schaffung von sozialen Realitäten bei (Grisold und Theine 2017; 2020a). Frühere

Studien zeigen eine überwiegend negative Haltung zu Vermögenssteuern in deutschsprachigen Medien (zum Beispiel Dammerer et al. 2023; Theine 2019). Der Diskurs zur Vermögensbesteuerung in Österreich wurde bisher nur exemplarisch im Rahmen der Piketty-Debatte 2014 und 2015 diskursanalytisch beleuchtet (Rieder und Theine 2019; Theine und Rieder 2019; Grisold und Theine 2020b). Hier setzen wir an und arbeiten den ideologischen Gehalt der Argumente, die verwendeten Metaphern sowie die Rolle von sozialen Akteur*innen in der Diskussion um Vermögenssteuern im Zeitraum 2005 bis 2020 heraus. Dazu unterziehen wir exemplarisch gewählte Argumentationsmuster zu Vermögenssteuern in Dammerer et al. (2023) mithilfe der Kritischen Diskursanalyse einer tiefergehenden Prüfung.

2 Kritische Diskursanalyse als Forschungsansatz

Der vorliegende Beitrag basiert auf der Kritischen Diskursanalyse (KDA). Die KDA hat ihre Wurzeln in der marxistischen Theorie sowie im (Post-)Strukturalismus, beruft sich auf die Kritische Theorie und ist unter anderem durch die Entwicklung der Diskursforschung, die von der Frankfurter Schule und dem Birmingham Center for Cultural Studies popularisiert wurde, geprägt (Reynolds 2019; Forchtner und Wodak 2017).

Die unterschiedlichen Ansätze der KDA vereint, dass Diskurse als eine soziale Praxis verstanden werden, die sowohl sozial bedingt als auch sozial konstitutiv und deshalb immer an Fragen von Macht und Machtverhältnissen geknüpft ist. Diskurse spiegeln nicht nur die Realität wider (und sind damit von dieser bedingt); sie konstruieren und reproduzieren ihrerseits gesellschaftliche Realitäten (und sind damit für diese konstitutiv). Die KDA zielt insbesondere darauf ab, als selbstverständlich angesehene Annahmen, Ideologien und Weltanschauungen aufzudecken, die von Menschen verwendet werden, um eine komplexe Wirklichkeit zu beschreiben (Fairclough 2007). Weiterhin argumentiert van Dijk (2013), dass es sich bei der KDA weniger um eine konkrete Methode handelt, sondern eher um einen

Forschungsprozess, der von einer kritisch-theoretischen Sichtweise sowie einem historisch-informierten und institutionenspezifischen Verständnis unterfüttert ist.

Der Schwerpunkt unserer Analyse liegt auf a) der ideologischen Grundhaltung der Zeitungskommentare, b) den verwendeten Metaphern als zentralen linguistischen Stilmitteln und c) den genannten sozialen Akteur*innen und den Bezügen auf Quellen in den Texten.

2.1 Ideologische Grundhaltung

Ein journalistischer Medienbericht oder Kommentar ist dann ideologisch, wenn auf allgemeine sozial-kognitive Interpretationsrahmen zurückgegriffen wird, um bestimmte Ereignisse, Handlungen oder Personen zu beschreiben. In der Diskussion über Anknüpfungspunkte zu den Medien kommt van Dijk (2009) zum Schluss, dass sich die dominanten Ideologien oft mit den Positionen und der Macht weißer, männlicher Journalisten der Mittel- und Oberschicht überschneiden – mit beobachtbaren ideologischen Unterschieden zwischen verschiedenen (liberalen gegenüber konservativen und populären gegenüber elitären) Medien. Diese Einschätzung ist schon etwas älter, wird aber auch von neueren Studien gedeckt (siehe zum Beispiel Alamo-Pastrana und Hoynes 2020; Steiner 2017; Jacobs et al. 2021).

Wir operationalisieren die Analyse der ideologischen Grundhaltungen, indem wir, wie Reynolds (2019) vorschlägt, auf die Kodierung von Werten und Weltanschauungen nach Saldaña (2015) zurückgreifen. Dieses *Value Coding* berücksichtigt explizit die Perspektiven oder Weltanschauungen, die in einem spezifischen Diskurs vorhanden sind.

Bisherige Untersuchungen haben auf unterschiedliche Aspekte in der ideologischen Grundhaltung der Wirtschaftsberichterstattung hingewiesen – mit einer Tendenz zur Dominanz neoliberaler Perspektiven (Jacobs et al. 2021; Gavin 2007; Preston und Silke 2011). In unserem Fall stehen sich neoliberale und (weniger stark ausgeprägte) keynesianisch-interventionistische Ideologien gegenüber.

2.2 Metaphern und Stilmittel

Diskurse sind aufgrund ihrer Verbreitung durch Kommunikation immer an eine spezifische Semiotik geknüpft. Wortschatz und Grammatik bilden die beiden Hauptbestandteile der Sprache, aber auch Kohäsion und Textstruktur sind wichtige Felder, die bei der Konstruktion von Argumenten und Ideen helfen (Rieder und Theine 2023). Die Wahl bestimmter Worte und sprachlicher Stilmittel zur Beschreibung von Personen, Handlungen und Ereignissen erfolgt in aller Regel nicht zufällig, sondern meist vor dem Hintergrund einer ideologischen Haltung. Van Dijk (1991, 115–116) weist beispielsweise darauf hin, dass »[...] stylistic choices also have clear social and ideological implications, because they often signal opinions of the reporter about news actors and news events as well as properties of the social and communicative situation [...]«.

Besonderes Augenmerk legen wir auf emotional aufgeladene Metaphern, die starke Assoziationen und implizite Wertvorstellungen transportieren. Die (Wieder-)Verwendung konkreter Adjektive und Beschreibungen ist nicht nur ein machtvoll Instrument, um ein intuitives und widerhallendes Bild zu kreieren, sondern trägt auch dazu bei, dass gewisse Aspekte im Laufe der Zeit als »normal« wahrgenommen werden. Metaphern bieten einen Rahmen für das Denken über abstrakte Konzepte, indem sie auf strukturiertes Wissen aus einem semantisch nicht verwandten Bereich zurückgreifen. Wie bei Analogien wird Wissen aus einem Bereich genutzt, um einen anderen zu beschreiben (Charteris-Black 2017; Thibodeau et al. 2017). Metaphern sind besonders wirksam, wenn sie eine hervorstechende, vertraute Wissensstruktur (oder ein Gefühl) bei den Empfänger*innen in Erinnerung rufen (Coleman und Ritchie 2011).

Ihre Verwendung kann außerdem eine ideologische Funktion erfüllen. Da die enthaltene Ideologie oft von den Rezipient*innen (und teilweise auch von den Sprechenden oder Schreibenden) nicht bewusst wahrgenommen wird, sind Metaphern ein sehr effektives Mittel zur Beeinflussung von Diskursen (Mio 1997; Bougher 2012).

2.3 Soziale Akteur*innen und Quellen

Unser dritter Fokus richtet sich auf die sozialen Akteur*innen, deren Vielfalt in Medienberichten und Möglichkeiten der Meinungsäußerung beispielhafte Gegenstände etablierter Analyseansätze sind. Aus einer normativen Perspektive werden Pluralität und Ausgeglichenheit als Schlüsselement der demokratischen Funktion von Nachrichtenmedien angesehen (Beckers und van Aelst 2019). Zentral ist dabei die Frage von Inklusion oder Exklusion, also der expliziten Nennung oder Auslassung bestimmter sozialer Gruppen. Darüber hinaus können Akteur*innen persönlich oder unpersönlich, individuell oder kollektiv, durch Bezugnahme auf ihre Person oder ihre Äußerungen einbezogen und dabei aktiv oder passiv dargestellt werden (van Leeuwen 2008).

Soziale Akteur*innen finden dabei in zwei unterschiedlichen Kontexten Erwähnung: Zum einen, indem sie seitens der Medien bewertet und auf unterschiedliche Weise (neutral, positiv oder negativ) charakterisiert werden. Zum anderen sind die Quellen relevant, die der Arbeit der Journalist*innen zugrunde liegen (siehe dazu Gans 1980). Zentral ist hier das Konzept der *Primary Definers* (Hall et al. 1978) als institutionalisierte Anlaufstellen, mit denen Journalist*innen zuerst sprechen, um ein konkretes Nachrichtenereignis oder -thema zu verstehen. Diese bekleiden häufig offizielle, etablierte gesellschaftliche Positionen (zum Beispiel in Regierung, Polizei oder Forschungseinrichtungen) und werden typischerweise als glaubwürdiger angesehen als andere Quellen.

Im vorliegenden Artikel analysieren wir im dritten Schritt beide Prozesse, die für den Diskurs in Massenmedien relevant sind: die Nennung und Beschreibung von sozialen Akteur*innen sowie die Bezüge auf Quellen in den Kommentaren.

3 Vorgehensweise und Datengrundlage

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, massenmedial vermittelte Diskurse zu Vermögenssteuern in Österreich kritisch zu analysieren. Dabei schließen wir an die Untersuchung von Dammerer et al. (2023) an

und verwenden Kommentare aus fünf österreichischen Tageszeitungen (*Der Standard*, *Die Presse*, *Kleine Zeitung*, *Oberösterreichische Nachrichten*, und *Tiroler Tageszeitung*) zum Thema Vermögensbesteuerung im Zeitraum 2005 bis 2020 als Datengrundlage.¹ Dammerer et al. (ebd.) klassifizieren die Kommentare als negativ, positiv oder neutral und analysieren wiederkehrende Argumentationsmuster.

Im vorliegenden Beitrag fassen wir in einem ersten Schritt Erkenntnisse zum massenmedialen Diskurs um Vermögenssteuern aus Dammerer et al. (ebd.) zusammen. Danach ziehen wir ausgewählte Argumentationsmuster heran und untersuchen in diesen die Rolle von Metaphern, Ideologien, Akteur*innen und Quellen.

Die drei ausgewählten Argumentationsmuster (Tabelle 1) enthalten häufig genannte Argumente und bilden unterschiedliche Aspekte des Diskurses ab. Sie sind a) von Wertvorstellungen geprägt (Neid versus Gerechtigkeit), betreffen b) die Frage der Ausgestaltung (inwieweit wird die Mittelschicht belastet?) und diskutieren c) volkswirtschaftliche Auswirkungen (positiv oder negativ). Aufgrund der Auswahl bietet sich der Vergleich der entgegengesetzten Haltungen in den befürwortenden und ablehnenden Argumentationsmustern an.

	Ablehnende Positionen	Befürwortende Positionen
Wertvorstellungen	Vermögenssteuern basieren auf Neid, Missgunst und niederen Instinkten	Vermögenssteuern bringen mehr Gerechtigkeit
Ausgestaltung	Vermögenssteuern treffen den Mittelstand	Vermögenssteuern treffen den Mittelstand nicht
Volkswirtschaftliche Auswirkungen	Vermögenssteuern sind schlecht für die Wirtschaft	Vermögenssteuern sind gut für die Wirtschaft

Tab. 1: Übersicht ausgewählter Argumentationsmuster aus Dammerer et al. (2023).

1 Die Auswahl der Tageszeitungen berücksichtigt, dass 1) Kommentare klar von anderen journalistischen Formen getrennt, 2) sowohl nationale als auch regionale Medien vertreten und 3) verschiedene politisch-weltanschauliche Ausrichtungen (zum Beispiel linksliberal oder bürgerlich-konservativ) repräsentiert sind. Für weitere Details siehe Dammerer et al. (2023).

4 Der mediale Diskurs um Vermögenssteuern²

In den Kommentaren der fünf Tageszeitungen ist der mediale Diskurs zu Vermögenssteuern überwiegend negativ ausgerichtet: 69 Prozent der Artikel lehnen Vermögenssteuern ab, 22 Prozent stehen ihnen positiv gegenüber und 9 Prozent vertreten eine neutrale Position. Zwischen den untersuchten Zeitungen gibt es beträchtliche Unterschiede in der Bewertung der Thematik. Die Kommentare im *Standard* und der *Tiroler Tageszeitung* nehmen beispielsweise eine positivere Haltung ein als die in der *Kleinen Zeitung*, den *Oberösterreichischen Nachrichten* oder der *Presse*. Insgesamt überwiegen die ablehnenden Argumente jedoch in allen Medien; deren Intensität variiert allerdings (rechte Spalte in Tabelle 2). Die unterschiedliche Bewertung von Vermögenssteuern in verschiedenen Zeitungen exemplifiziert ein Muster, das auch schon in früheren Analysen sichtbar geworden ist (siehe zum Beispiel Grisold und Theine 2018; 2020b).

Zeitung	Ablehnende Kommentare in Prozent		
	Gast-Autor*innen	Journalist*innen	Gesamt
<i>Der Standard</i>	41	60	53
<i>Die Presse</i>	62	94	82
<i>Kleine Zeitung</i>	67	79	73
<i>Oberösterreichische Nachrichten</i>	80	76	77
<i>Tiroler Tageszeitung</i>	38	65	57
Gesamt	55	77	69

Tab. 2: Anteil ablehnender Kommentare zu Vermögenssteuern
(Dammerer et al. 2023).

2 In den Ergebnisabschnitten 4 bis 6 wird bei längeren direkten Zitaten die jeweilige Quelle angegeben. Bei kürzeren, direkten Zitaten verzichten wir auf die vollständige Quellenangabe, um den Lesefluss zu erleichtern.

Auch mit Blick auf die Autor*innen ergibt sich ein differenziertes Bild. Während in 77 Prozent der Kommentare von Journalist*innen eine ablehnende Haltung vertreten wird, sind es bei Gast-Autor*innen »nur« 55 Prozent. Besonders deutlich fällt die Ablehnung mit 94 Prozent unter den Kommentaren von Journalist*innen in der *Presse* aus. Im Umkehrschluss sind dort nahezu alle Fälle, in denen Vermögenssteuern positiv bewertet werden, von Gast-Autor*innen verfasst.

4.1 Ablehnende Haltungen zu Vermögenssteuern: Neid, die geschröpfte Mittelschicht und eine kaputte Wirtschaft

In diesem Abschnitt analysieren wir die ablehnenden Haltungen zu Vermögenssteuern mit Fokus auf Wertvorstellungen (Vermögenssteuern basieren auf Neid, Missgunst und niederen Instinkten), Ausgestaltung (Vermögenssteuern belasten die Mittelschicht) und den volkswirtschaftlichen Auswirkungen (Vermögenssteuern schaden der Wirtschaft).

4.1.1 Vermögenssteuern als Teil einer Neiddebatte

Einem wiederkehrenden Argumentationsmuster zufolge beruhe die Forderung nach Vermögenssteuern auf Neid und Missgunst gegenüber reichen Menschen. Auf inhaltlicher Ebene findet hier wenig Auseinandersetzung mit den Argumenten für Vermögenssteuern statt; vielmehr werden diese auf unterschiedliche Art und Weise abgewertet und diskreditiert. Man bescheinigt den Vermögenssteuern beispielsweise, dass »ihr einziger Nutzen darin bestehe, es ›denen da oben‹ auch einmal zu zeigen« (Strejcek 2012). Die Forderung sei aus dieser Perspektive dazu da, um »Neid zu schüren«, »mit dem Neidkomplex zu spielen« beziehungsweise an »Neidgefühle« oder »eher niedrigere Instinkte« zu appellieren. Damit werde ein in Österreich »recht verbreitetes Gefühl« bedient, das »perfekt von der notwendigen Umstrukturierung des Landes und der Senkung der Staatsausgaben ab[lenkt]« (Nowak 2012). Bei den Rufen nach Vermögenssteuern handle es sich damit um ein »Ablenkungsmanöver«, das den Diskurs

von anderen notwendigen Politikmaßnahmen (Sparen, Investieren, Umstrukturieren) weglenken soll.

Diese relativ oberflächliche Diffamierung findet sich auch auf der Ebene der Formulierungen. Das Nomen »Neid« wird kreativ verwendet und in unterschiedlichen Komposita gebraucht: So wolle man eine »dumpf-ideologische Neiddebatte« führen. Mithilfe von »Neidkomplexen soll politischer Druck bei den Vermögenssteuern aufgebaut werden« (Jungwirth 2014). Bei der Forderung nach Vermögenssteuern handle es sich um eine »Neidprovokation« beziehungsweise eine »Neidsteuer«. Österreich sei eine »Neidgesellschaft« oder gar eine »Neidgenossenschaft«. Dabei wird nicht konkret benannt, wer eigentlich neidisch ist, sondern stattdessen auf unbestimmte Personengruppen verwiesen: »jemand«, »viele« oder »die Masse« neide(n) »jemandem« oder »dem Nachbarn« etwas.

An vielen Stellen wird die Forderung nach Vermögenssteuern als Teil einer populistischen, veralteten und linksradikalen Politik dargestellt. Diese Delegitimierungen verschärfen sich durch die Verwendung von Metaphern und Vergleichen zusätzlich: Vermögenssteuern seien beispielsweise »Robin-Hood-Phantasien«, oder »populistische Wahlkampfchlagler« beziehungsweise Teil des »Klassenkampfes« oder Linkspopulismus, der »regelmäßig wie hochdosiert auftritt«. Hinzu kommen Metaphern, die Vermögenssteuern als gewaltvolle oder zwangsvermittelte Eingriffe beschreiben. Das Volk werde durch Besteuerung »fiskalisch nieder[gedrückt]«; Vermögenssteuern seien Teil eines »Beutezugs« gegen die Reichen, die man damit »schröpfe« beziehungsweise denen man die »Steuerschrauben« ansetze. Derartige Metaphern charakterisieren Vermögenssteuern als persönlichen Feldzug der Armen gegen die Reichen und nicht als Mittel zur Lösung struktureller Probleme. Entsprechend werden »die Reichen«, »die Begüterten«, »die Wohlhabenden« oder »die da oben« recht konsistent als Leidtragende der Forderung konstruiert.

Unter den sozialen Akteur*innen wird die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) am häufigsten genannt und dabei oft als populistische Partei bezeichnet, welche die Neiddebatte anheize und »Reichen-Bashing« betreibe, um damit von anderen Themen abzulenken oder um eigennützig den Zuspruch bei Wahlen zu maximie-

ren. Immer wieder kommen dafür zugespitzte Formulierungen zum Einsatz: Die SPÖ sei eine »Partei mit jugendfrischen ÖBB-Pensionisten« (Schöpf 2014) oder finde ihr »Heil in der höheren Besteuerung der Begüterten« (Kübeck 2014). François Hollande, der in Frankreich eine deutlich höhere Vermögenssteuer eingeführt hatte, wird als »Linksausleger« bezeichnet. Mit diesen Formulierungen versucht man, politische Entscheidungen zu delegitimieren und die Glaubwürdigkeit von Politiker*innen zu untergraben.

4.1.2 Vermögenssteuern belasten den Mittelstand

Ein zweites ablehnendes Muster zielt auf die These ab, dass der Mittelstand durch Vermögenssteuern stark belastet werde. Der gängigste Argumentationsstrang verknüpft die Frage der Treffsicherheit von Vermögenssteuern mit dem potenziellen Steueraufkommen. Dadurch wird insinuiert, dass Vermögenssteuern dem Staat nur bei einer Einbeziehung des Mittelstands relevante Einnahmen bringen würden und damit auch die arbeitende Bevölkerung betroffen sei. Ergänzend kommen Verweise auf die ohnehin schon »zu hohe Steuerbelastung« oder »die mehrfache Besteuerung« als unmittelbare Folge hinzu. Die Vermögenssteuern werden analog zu anderem staatlichem Handeln im Sinne neoliberaler Staatskritik als ineffizient und nicht treffsicher bewertet.

Ein weiterer Argumentationsstrang diskutiert grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen, die dem Mittelstand als Folge der Einführung von Vermögenssteuern schaden könnten. Dabei geht es um den »Verlust von Leistungsanreizen« oder die »Beschränkung von persönlichem Eigentum«. Vermögenssteuern wird so die Legitimität abgesprochen und das Grundsatzargument »Steuern sind per se schlecht« in seinen ideologischen Bezügen geschärft. Hier zeigen sich Parallelen zu neoliberalen Argumenten über die zentrale gesellschaftliche Rolle von Leistungsanreizen, Privateigentum und individueller Freiheit.

Analog zur Abwertung staatlichen Handelns werden auch die Politik und Politiker*innen als zentrale Akteur*innen im Staat kritisiert und als »gierig« und »verschwenderisch« dargestellt. Die Vorbehalte von

»Populismus«, »politischem Opportunismus«, »Wählertäuschung« oder die Bewertung von Vermögenssteuern als »politische Fehler« beziehungsweise »Reichenfeindlichkeit« verweisen auf die teils polemische Ablehnung und die Versuche der Diskreditierung einer vom Neoliberalismus abweichenden Sicht auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch in den verwendeten Metaphern und Stilmitteln zeigt sich die neoliberale Ablehnung von Steuern. Von den »Massensteuern« seien alle betroffen und dies wird benutzt, um Angst zu schüren: »Und da die Staatspleite vor der Tür steht, tarnen die Politiker diese Enteignung gar nicht mehr als Reichensteuer, wie dies hierzulande geschieht. Es geht allen an den Kragen« (Hofer 2014).

Politik, Parteien und der Bevölkerung werden nicht nur der Sachverstand abgesprochen, sondern opportunistische Motive und Geringschätzung unterstellt. An manchen Stellen sind auch Neid- und Täuschungsvorwürfe, gezielte begriffliche Abwertung und drastische Formulierungen zu beobachten, mit denen man den eigenen Argumenten gegen Vermögenssteuern – dass sie dem Mittelstand schaden – Nachdruck verleihen will; so werden Vermögenssteuern »scharf am Rande der Neidkomplexe und des Klassenkampfes (Eigentum ist Diebstahl!) [...]« (Gruber 2005) verortet. Die Rede vom »hart erarbeiteten und hochversteuerten Einkommen« (Rief, 2012) bildet das neoliberale Leistungs- und Anreizprinzip in den ablehnenden Argumenten ab.

Die Mittelschicht oder der Mittelstand sind zwar zentrale Akteur*innen, aber wer dazugehört, definieren Gegner*innen und Befürworter*innen unterschiedlich. Eine Trennschärfe in dieser Frage ist jedoch für die Debatte zentral. Für die ablehnende Argumentation reichen Vermögenssteuern »[...] bis weit hinein in den Mittelstand«, und betreffen »den Zahnarzt, der eine Vorsorgewohnung gekauft hat, ebenso wie den mittleren Beamten, der sich als Altersvorsorge ein Aktienpaket hat einreden lassen« (Fritzl 2009). Der Begriff »Mittelstand« wird oft synonym gesetzt mit »Häuslbauern«, »Eigentumswohnungsbesitzern«, »Schrebergartenbesitzern« oder mit denen, die »Schmuck zu Hause haben«.

In diesem Argumentationsmuster finden sich nur in Ausnahmefällen Verweise auf Institutionen, Expert*innen oder wissenschaftli-

che Untersuchungen; wenn, dann meist in Form von Verweisen auf ein Zitat eines politischen Gegners, um diesem dann in polemischen Formulierungen Glaubwürdigkeit oder Kompetenz abzusprechen.

4.1.3 Vermögenssteuern schaden der Wirtschaft

Das dritte ablehnende Argumentationsmuster argumentiert, dass Vermögenssteuern »leistungsfeindlich« seien, Leistung »bestraf[en]«, zu »Leistungsverweigerung« führen, die »Neigung [zu] Leistungsbereitschaft beschädigen« und einen »Anachronismus in einer leistungsorientierten Gesellschaft« (Prior 2012) darstellen. Ihre Wiedereinführung würde den Wirtschaftsstandort Österreich damit entscheidend »schwächen«. Vermögenssteuern seien außerdem »eigentumsfeindlich«; Eigentum jedoch »ein Grundwert einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« (Stummvoll 2019). Sie rütteln daher auch »an der freien Gesellschaft« und nehmen »Wirtschaft und Gesellschaft einen entscheidenden Produktionsfaktor« (Mahrer 2013). Ohne expliziten Rückgriff auf konkret ausformulierte Werte finden sich zudem Verweise auf die negativen Folgen von Vermögenssteuern für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze. Im Zentrum dieses Argumentationsmusters stehen damit typische neoliberale Grundwerte: Leistung, Eigentum, Wettbewerb und Freiheit.

Eine Reihe von unterstützenden Metaphern tritt hinzu: Vermögenssteuern »bestraf[en]« etwa Leistung, sie bewirken »Kapitalflucht« beziehungsweise »Kapitalabfluss« ins Ausland. Frankreich wird als warnendes Beispiel herangezogen. Die Bevölkerung trage dort »das Bleigewicht« von Vermögenssteuern und leide unter diesem »Gift für die bereits in größten Schwierigkeiten befindliche französische Wirtschaft« (Rohan 2012). Steuerreformen, die den Wirtschaftsstandort »schwächen«, seien »ein Rohrkippler«, denn durch sie würden Jobs »vernichte[t]«, und zudem »wider die ökonomische Vernunft« sowie ein Griff »in die sozialistische Mottenkiste«. Die Nichteinführung von Vermögenssteuern habe hingegen dazu geführt, dass Firmen nicht mehr »zittern« müssen.

Bei den sozialen Akteur*innen liegt ein Schwerpunkt auf Unternehmen, die in der Vergangenheit von Vermögenssteuern mehrheitlich

»belastet« wurden. Entsprechend verursache ihre Wiedereinführung »eine Substanzverringerung, also Teilenteignung« und treibe »die steuerliche Last der Unternehmen in die Höhe« (Androsch 2009). Gerade »Familienunternehmen, die überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze schaffen und auch noch standorttreu sind«, seien von Vermögenssteuern »besonders stark betroffen«, wodurch »noch weniger [für Investitionen] zur Verfügung« stehe. Der »Ruf nach neuen Steuern« werde »wohl so manchen Unternehmer in seiner Auffassung bestärken, die Finger von Investitionen zu lassen« (Schnauder 2016). Vermögenssteuern können weiters dazu führen, dass sich »erfolgreiches unternehmerisches Arbeiten nicht mehr lohnt oder es zu mühsam wird« (Rauscher 2014) und Unternehmen das Land verlassen.

In den ablehnenden Argumenten werden selten Quellen verwendet und stattdessen Bezug genommen etwa auf das französische Finanzministerium, »Vermögensexperten« und »eine Studie«. Dieses zufolge haben die Vermögenssteuern zu einem Abfluss von sowohl Kapital als auch wohlhabenden Bürger*innen (aus Frankreich) ins Ausland geführt. Dadurch seien Steuerverluste entstanden und das Wirtschaftswachstum geschwächt worden. Auch Ferdinand Lacina, ehemaliger SPÖ-Finanzminister und federführend in der Abschaffung der Vermögenssteuer 1993 und 1994, wird als Quelle genannt: »Erst kürzlich hat Ferdinand Lacina, der kaum dem rechten SPÖ-Lager zuzurechnen ist, vor einer Vermögenssteuer [...] auch aus ökonomischen Gründen gewarnt« (Jungwirth 2015). Der explizite Hinweis auf die politische Position Lacinas wird hier dazu genutzt, um die ablehnende Haltung als nicht ideologisch darzustellen.

4.2 Befürwortende Haltungen zu Vermögenssteuern:

Gerechtigkeit, Vorteile für die Mittelschicht und eine gestärkte Wirtschaft

In diesem Abschnitt analysieren wir die befürwortenden Haltungen zu Vermögenssteuern mit Fokus auf Wertvorstellungen (Vermögenssteuern führen zu mehr Gerechtigkeit), Ausgestaltung (Vermögenssteuern belasten die Mittelschicht nicht) und volkswirtschaftlichen

Effekten (Vermögenssteuern nutzen der wirtschaftlichen Entwicklung).

4.2.1 Vermögenssteuern für mehr Gerechtigkeit

Dieses befürwortende Argumentationsmuster baut auf der Haltung auf, dass die Einführung von Vermögenssteuern zu mehr Gerechtigkeit im Sinne einer faireren Verteilung der Steuerlast nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip und zu einer Reduktion der ungleichen Vermögensverteilung führe. Zum einen wird davon ausgegangen, dass sich das Steuersystem in Österreich an der »individuellen Leistungsfähigkeit« orientieren solle, was aktuell nicht gegeben sei, da Arbeit höher besteuert werde als Kapital. Dafür brauche es mehr Steuergerechtigkeit. Denn: »Die vermögensbezogene Besteuerung ist verglichen mit der Besteuerung von Einkommen extrem niedrig« (Sprenger 2009), was zur Konsequenz habe, dass »sehr reiche Personen bislang keinen fairen Beitrag zum Gemeinwohl« leisten (Mittendrein und Schwarz 2010). Gleichzeitig seien »Vermögenssteuern gut geeignet, die Ungleichverteilung der Vermögen zu korrigieren« (Anderwald 2020).

Auffallend ist, dass Befürworter*innen zwar durchaus ihre ideologische Grundhaltung ausformulieren, gleichzeitig aber auch sehr abwägende Formulierungen verwenden und Gegenargumente vorwegnehmen. Beides führt zu einer Abschwächung und letztlich diskursiven Unterwanderung der eigenen Position. Beispielsweise argumentiert Völker (2011) für Vermögenssteuern, wobei es »nicht darum [geht], [die Oberschicht] auszuplündern oder ihr ihr Vermögen wegzunehmen. Es geht nicht um Klassenkampf. Es geht um Gerechtigkeit, um ein bisserl davon.« Statt sich entschieden für Vermögenssteuern zu positionieren und Argumente anzuführen, wieso diese zu mehr Gerechtigkeit führen, wird vorsorglich versucht, potenzielle Gegenargumente zu entkräften. Das schwächt die Position der Befürworter*innen im Diskurs:

»Sachlich ist zur Einführung vermögensbezogener Steuern in Österreich eigentlich alles gesagt, was zu sagen ist: Sie treffen nicht den Mittelstand,

sie bringen den Budgets viel Geld, sie sind leicht (wieder)einzuführen, sie gelten als gerecht, sie behindern die wirtschaftliche Entwicklung nicht, sie sind im internationalen Vergleich so niedrig, dass sich kein Politiker rechtfertigen müsste [...].« (Wall-Strasser 2009)

Als soziale Akteur*innen werden insbesondere die »77 000 Dollarmillionäre«, die »obersten Tausend« und »sehr reiche Personen« in den Vordergrund gerückt, welche die Vermögenssteuern zu bezahlen hätten. Die »Mittelschicht« beziehungsweise der »Mittelstand« sei davon nicht betroffen, während die »Unterschicht«, das »abgehängte [...] Prekariat« sowie »der kleine Mann« von der Einführung von Vermögenssteuern sogar profitieren können. Teilweise werden Gegensätze zwischen unterschiedlichen Gruppen aufgebaut, wie beispielsweise zwischen »Einkommens- und Vermögensschwachen« und »Wohlhabenden« sowie zwischen »Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern« und »Millionären«. Im Gegensatz zur Neiddebatte – die Vermögenssteuern ablehnt – fällt auf, dass hier regelmäßig auf Quellen verwiesen wird, um die eigene Position zu belegen. Am häufigsten sind dabei Ökonomen wie Thomas Piketty oder Sir Anthony Atkinson, welche die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen erforschen und basierend auf ihren Erkenntnissen eine höhere Besteuerung fordern.

4.2.2 Vermögenssteuern treffen nicht den Mittelstand

Die Argumentationsstränge für Vermögenssteuern beziehen sich oft auf Gerechtigkeit als gesellschaftliches Ziel, das dem Mittelstand nütze. Es gehe darum, »Ungleichheit zu reduzieren«, »solidarisch umzuverteilen« und das Leistungsfähigkeitsprinzip in der Gesellschaft zu stärken. Wesentliche Triebfeder dafür seien Staat und Politik, deren Rolle in den befürwortenden Argumenten positiv – als Schlüssel zur Umsetzung einer solidarischen Gesellschaft – diskutiert werden. Gerechte Verteilung – im Sinne der steuerlichen Entlastung von Arbeit und dem stärkeren Einbezug von Kapital – sehe man für eine positivere realwirtschaftliche Entwicklung, von der alle profitieren, als zentral an.

In den befürwortenden Argumentationsmustern finden sich im Vergleich zu den ablehnenden weniger Metaphern, Stilmittel und

polemische Aussagen. Das spricht für einen anderen Duktus, der sich darauf konzentriert, gegenläufige Argumente auf Basis von Fakten und Expertisen zu widerlegen. Die Formulierungen bedienen sich oft nüchterner und sachlicher Sprache. Auffällig ist, dass Argumentationen für Vermögenssteuern häufig im Konjunktiv formuliert sind. Das schwächt die Wirksamkeit entscheidend ab und macht aus einer normativ starken Aussage eine vage Vorhersage: »Angesichts der hohen Konzentration von Eigentum auf eine Oberschicht würden jene zahlen, die einen Beitrag verkraften können« (John 2011).

Die am häufigsten genannten Akteur*innen sind Millionär*innen und Milliardär*innen, die »einen gerechten Beitrag« zu leisten haben. Der Mittelstand wird hier als Gruppe definiert, die von Vermögenssteuern nicht betroffen sei, sondern davon profitiere. Diese Charakterisierung spricht – im Gegensatz zu der in den ablehnenden Argumenten getroffenen – für die Treffsicherheit von Vermögenssteuern. Unter den befürwortenden Strängen finden sich häufiger Verweise auf Institutionen wie Oxfam, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder die Österreichische Nationalbank. Der Bezug auf Studien dieser Organisationen soll die Argumente inhaltlich stützen und ihre Glaubwürdigkeit stärken.

4.2.3 Positive Effekte der Vermögenssteuern auf die Wirtschaft

Im dritten Argumentationsmuster werden Vermögenssteuern als notwendiger und fundamentaler Bestandteil einer Volkswirtschaft angesehen, um wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten und finanzielle Mittel von »produktiven« zu »unproduktiven« Verwendungsarten umzulenken (zum Beispiel von der Finanz- in die Realwirtschaft). Darüber hinaus kommen saldenmechanische Argumente zum Einsatz, denen zufolge sich Vermögen und Schulden gegenseitig bedingen. Demzufolge seien Vermögenssteuern eine sinnvolle Politikmaßnahme zur Senkung der Staatsschulden. Über die ideologischen Argumentationsstrukturen hinweg versteht man Vermögenssteuern auch als wichtige Maßnahme zur Steigerung von Konsum, Investitionen und Wirtschaftswachstum, zur Senkung der Inflation und zur Steigerung des Arbeitsplatzangebots. Die befürwortenden Argumente

in dieser Kategorie basieren damit auf einer keynesianischen Sichtweise wirtschaftlicher Zusammenhänge.

Die ideologische Basis und die Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen werden wiederum mithilfe von drastischen Metaphern gestützt. So stelle die »exorbitante« beziehungsweise »explodierende« Ungleichheit zwischen »Arm und Superreich« »aktuell die größte ökonomische und politische Gefahr« dar und führe »zu weiteren ökonomischen Katastrophen«. Schulden und Finanzvermögen sieht man als »Ehepaar« und die Börse als globales Kasino, an der man »giftige« Finanzprodukte handle. Mit Vermögenssteuern sei es wiederum möglich, die Wirtschaft zu stimulieren und »dem Wirtschaftskreislauf [...] brachliegende Mittel« zuzuführen. Das Wirtschaftswachstum werde mit Vermögenssteuern im Gegensatz zu Sparpaketen nicht »abgewürgt« und anstatt mit höheren Steuern auf Konsum und Arbeit wie mit »Benzin Feuer [zu] löschen«, könne man mit ihnen »die grassierende Arbeitslosigkeit« reduzieren und besser zur »Genesung der Wirtschaft« beitragen, da sie Kapital besteuern, »das zu einem Gutteil gehortet und nicht ausgegeben wird«.

Zu den relevanten sozialen Akteur*innen zählen vor allem »Reiche«, »Vermögende« beziehungsweise die »Oberschicht« und »die Bevölkerung«. Diese sollen einen »fairen Beitrag« leisten, was auch »ökonomisch sinnvoll« sei. Mit der Festsetzung einer Untergrenze werden Vermögenssteuern »auch die meisten ›Häuslbauer« nicht tangieren, »im Gegensatz zu den wirklich Vermögenden« (Blaha 2020). Reiche können aufgrund der hohen Konzentration von Vermögen »einen Beitrag verkraften« (John 2011), während auf der anderen Seite große Teile der Bevölkerung von Vermögenssteuern nicht betroffen seien. Man werde damit die »täglich arbeitende Bevölkerung« mit der Finanzierung von Krisen »nicht im Regen stehen« lassen und das Aufkommen aus der Steuer »wieder direkt in die Bevölkerung« investieren.

Befürwortende Argumente greifen häufiger auf Quellen zurück. Beispielsweise werden nationale und internationale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IMF), die OECD oder das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO sowie einige bekannte Ökonomen und Politiker (Stephan Schulmeister, Joseph Stiglitz, Franklin D.

Roosevelt) herangezogen, um die Notwendigkeit einer höheren Vermögensbesteuerung zu unterstreichen. Geläufig sind dabei auch Verweise auf einen Mangel an ideologischer Befangenheit aufseiten dieser Institutionen:

»[...] wenn die OECD – die wohl nicht im Verdacht steht, für den Klassenkampf zu mobilisieren – bereits das zweite Mal in ihren Jahresberichten Österreich wegen der zu niedrigen Vermögensbesteuerung ermahnt, dann ist die Sache klar.« (Wall-Strasser 2009)

Diese Betonung soll – ähnlich wie bei ablehnenden Argumenten – dazu dienen, die Glaubwürdigkeit der genannten Quelle zu erhöhen.

5 Fazit

Der Diskurs zu Vermögenssteuern in den untersuchten österreichischen Medien fällt überwiegend negativ aus. Eine kritische Analyse von ideologischen Grundhaltungen, Metaphern und der Rolle von sozialen Akteur*innen verdeutlicht dieses Bild und zeigt, wie neoliberale Ideologie – in Form von Stehsätzen ohne tiefergehende Belege und polemische Formulierungen – verwendet wird, um die Forderungen nach einer Besteuerung von Vermögen zu delegitimieren. Dem liegen auch unterschiedliche Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft zugrunde. Ablehnende Argumentationsmuster verstehen Reichtum als legitim erworben und als Ausdruck individueller Leistungsfähigkeit. Befürworter*innen von Vermögenssteuern erachten eine Umverteilung dagegen als gerecht, weil mit den zusätzlichen Staatseinnahmen das Gemeinwohl gestärkt werden könne.

Gegner*innen framen die Forderung nach Vermögenssteuern als Neiddebatte und unterstellen somit den Befürworter*innen niedere Motive mit dem Ziel, ihre Glaubwürdigkeit zu schwächen. Des Weiteren wird betont, dass auch der Mittelstand von Vermögenssteuern betroffen sei. Parallel dazu werden diese als Bestrafung beziehungsweise leistungsfeindlich und damit als Hemmnis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung gezeichnet. Das Infragestellen der Legitimität von Vermögenssteuern ist damit in allen drei untersuchten ablehnenden

Argumentationsmustern vorhanden. Weiterhin sind Politiker*innen, die Vermögenssteuern unterstützen beziehungsweise die Politik an sich, ausgeprägte Feindbilder. Sie würden Neid schüren, aus opportunistischen Antrieben handeln und über keinen Sachverstand verfügen. Die Abwertung von sozial verträglicher Politik sowie allgemein das Schlechttreden des Staates und seiner Institutionen sind typische neoliberale Muster in der Debatte. In den ablehnenden Argumenten wird insgesamt selten auf Quellen verwiesen.

Die befürwortenden Argumente sind über alle Argumentationsmuster hinweg tendenziell eher abwägend und meist im Konjunktiv formuliert, was ihre diskursive Kraft stark beschränkt. Regelmäßig wird versucht, die ablehnende Position sachlich zu widerlegen oder zu entkräften, häufig durch Bezüge auf Quellen und Expert*innen. Dies zeigt, dass Befürworter*innen den Bedarf sehen, sich durch Absicherung inhaltlich Glaubwürdigkeit zu verschaffen; ein Umstand, der sich auch an der diskursiven Auseinandersetzung um die Definition des Mittelstands beziehungsweise der Mittelschicht und an der unterschiedlichen Bewertung von ökonomischen Zusammenhängen ablesen lässt. Die negativen Argumentationsmuster schließen hier geschickt an in der Gesellschaft fest verankerte neoliberale Wertvorstellungen an.

Insgesamt offenbart unsere Analyse die Stärken der ablehnenden Argumentationsmuster und die Abwesenheit einer eigenständigen und überzeugenden Narration für Vermögenssteuern. Dieses diskursive Übergewicht der Gegner*innen trägt seinen Teil dazu bei, dass der exzessive Überreichtum wirtschaftspolitisch nicht bearbeitet und damit in Zukunft wohl noch zunehmen wird.

Literatur

- Alamo-Pastrana, Carlos, und William Hoynes 2020. Racialization of News: Constructing and Challenging Professional Journalism as »White Media«. *Humanity & Society* 44 (1): 67–91.
- Anderwald, Anna-Maria. 2020. Sorge vor dem Gerechtigkeitsverlust. *Der Standard* vom 23.12.2020.
- Androsch, Hannes. 2009. Eine überflüssige Steuerdebatte. *Kleine Zeitung* vom 16.04.2009.

- Beckers, Kathleen, und Peter van Aelst. 2019. Look who's talking: An analysis of actors in television news (2003–2016). *Journalism Studies* 20 (6): 872–890.
- Bougher, Lori D. 2012. The Case for Metaphor in Political Reasoning and Cognition. *Political Psychology* 33 (1): 145–163.
- Chancel, Lucas, Thomas Piketty, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman. 2022. World Inequality Report 2022. World Inequality Lab. [Wir2022.wid.world](https://wir2022.wid.world). Zugegriffen: 02.04.2023.
- Charteris-Black, Jonathan. 2017. Competition metaphors and ideology: Life as a race. In: *The Routledge Handbook of Language and Politics*, herausgegeben von Ruth Wodak und Bernhard Forchtner, 202–217. New York: Routledge.
- Dammerer, Quirin, und Georg Hubmann. 2021. Die Vermögenssteuer-Debatte in österreichischen Tageszeitungen. Wien: Momentum Institut. https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-05/vermoegenssteuer_medien.pdf. Zugegriffen: 02.04.2023.
- Dammerer, Quirin, Georg Hubmann und Hendrik Theine. 2023. Wealth taxation in the Austrian Press from 2005 to 2020 – A Critical Political Economy Analysis. *Cambridge Journal of Economics* 47 (3): 633–666. <https://doi.org/10.1093/cje/beado11>.
- Fairclough, Norman. 2007. Critical Discourse Analysis as a Method in Social Scientific Research. In: *Methods of Critical Discourse Analysis*, herausgegeben von Ruth Wodak und Michael Meyer, 121–138. London: Sage.
- Forchtner, Bernhard, und Ruth Wodak. 2017. Critical Discourse Studies: A Critical Approach to the Study of Language and Communication. In: *The Routledge Handbook of Language and Politics*, herausgegeben von Ruth Wodak und Bernhard Forchtner, 135–150. New York: Routledge.
- Fritzl, Martin. 2009. PR-Desaster um die Steuerreform. *Die Presse* vom 28.04.2009.
- Gavin, Neil. 2007. *Press and Television in British Politics: Media, Money and Mediated Democracy*. New York: Palgrave Macmillan.
- Grisold, Andrea, und Hendrik Theine. 2017. How Come We Know? The Media Coverage of Economic Inequality. *International Journal of Communication* 11: 4265–4284.
- Grisold, Andrea, und Hendrik Theine. 2018. Zur Vermittlungsrolle von Massenmedien am Thema »Ungleichheit«. Die Piketty-Rezeption. *Wirtschaft und Gesellschaft* 44 (2): 191–218.
- Grisold, Andrea, und Hendrik Theine. 2020a. Media and Economic Inequality: Review of Prior Research. In: *Economic Inequality and News Media: Discourse, Power, and Redistribution*, herausgegeben von Andrea Grisold und Paschal Preston, 70–88. New York: Oxford University Press.
- Grisold, Andrea, und Hendrik Theine. 2020b. »Now, What Exactly is the Problem?« Media Coverage of Economic Inequalities and Redistribution Policies: The Piketty Case. *Journal of Economic Issues* 54 (4): 1071–1094. <https://doi.org/10.1080/00213624.2020.1829905>.
- Gruber, F. 2005. Reichensteuer. *Oberösterreichische Nachrichten*. <https://www.mo>

- mentum-institut.at/system/files/2022-10/medienanalyse_datensatz_qualitativ_2005-2020_kurzstudie_0%281%29.xlsx. Zugegriffen: 20.03.2023.
- Hall, Stuart, Chas Critcher, Tony Jefferson, John Clarke und Brian Roberts. 1978. *Policing the Crisis: Mugging, the State, and Law and Order*. London: Red Globe Press.
- Heck, Ines, Jakob Kapeller und Rafael Wildauer. 2020. Vermögenskonzentration in Österreich: Ein Update auf Basis des HFCS 2017. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 206. Working Paper-Reihe der AK Wien. Wien: Arbeiterkammer Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-3588163>. Zugegriffen: 02.04.2023.
- Hofer, Gerhard 2014. Das Zeitalter der Enteignung kehrt zurück. *Die Presse* vom 17.04.2014.
- Jacobs, Alan M., J. Scott Matthews, Timothy Hicks und Eric Merkley. 2021. Whose News? Class-Biased Economic Reporting in the United States. *American Political Science Review* 115 (3): 1016–1033.
- John, Gerald. 2011. Sinnvoller Sündenfall. *Der Standard* vom 25.11.2011.
- Jungwirth, Michael. 2014. Bleierne Zeit. *Kleine Zeitung*. https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-10/medienanalyse_datensatz_qualitativ_2005-2020_kurzstudie_0%281%29.xlsx. Zugegriffen: 20.03.2023.
- Jungwirth, Michael. 2015. Lassen wir's doch gleich mit der Steuerreform, *Kleine Zeitung*. https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-10/medienanalyse_datensatz_qualitativ_2005-2020_kurzstudie_0%281%29.xlsx. Zugegriffen: 20.03.2023.
- Kübeck, Johannes. 2014. Ab auf die Alm! *Kleine Zeitung*. https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-10/medienanalyse_datensatz_qualitativ_2005-2020_kurzstudie_0%281%29.xlsx. Zugegriffen: 20.03.2023.
- Mahrer, Harald. 2013. Wer am Eigentum rüttelt, gefährdet die Freiheit. *Der Standard* vom 18.09.2013.
- Mio, Jeffery. S. 1997. Metaphor and Politics. *Metaphor and Symbol* 12 (2): 113–133.
- Mittendrein, Lisa, und Valentin Schwarz. 2010. Wo Pröll irrt – Vier Trugschlüsse seiner Budgettreue. *Der Standard* vom 17.12.2010.
- Nowak, Rainer. 2012. Das ist kein Sparpaket. *Die Presse* vom 11.02.2012.
- OECD. 2022. Revenue Statistics – OECD countries: Comparative tables. <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=REV>. Zugegriffen: 02.04.2023.
- Piketty, Thomas 2013. *Le capital au XXIe siècle*. Le Seuil: Paris.
- Piketty, Thomas. 2019. *Capital et idéologie*. Le Seuil: Paris.
- Preston, Paschal, und Henry Silke. 2011. Market ›realities‹: De-coding neoliberal ideology and media discourses. *Australian Journal of Communication* 38 (3): 47–64.
- Prior, Thomas. 2012. Der wendige Herr Parteivorsitzende. *Die Presse* vom 12.10.2012.
- Rauscher, Hans. 2014. Exegese: was bleibt sind Vermögens-Substanzsteuern. *Der Standard* vom 12.11.2014.
- Reynolds, Chelsea. 2019. Building Theory From Media Ideology: Coding for Power in Journalistic Discourse. *Journal of Communication Inquiry* 43 (1): 47–69.

- Rieder, Maria, und Hendrik Theine. 2019. »Piketty is a genius, but ...«: an analysis of journalistic delegitimation of Thomas Piketty's economic policy proposals. *Critical Discourse Studies* 16 (3): 248–263.
- Rieder, Maria, und Hendrik Theine. 2023. Breaking down the discourse, exposing power – a CDA approach. In: *How to Read Economic News: A Critical Approach to Economic Journalism*, herausgegeben von Henry Silke, Fergal Quinn und Maria Rieder. New York: Routledge.
- Rief, Norbert. 2012. »Eat the rich« – aber satt werden wir davon nicht. *Die Presse* vom 26.04.2012.
- Rohan, Albert. 2012. Francois Hollande ante portas: Muss sich Europa fürchten? *Die Presse* vom 02.05.2012.
- Saldaña, Johnny. 2015. *The coding manual for qualitative researchers*. Thousand Oaks: Sage.
- Schnauder, Andreas. 2016. Rote Parolen: Kern und die Mottenkiste. *Der Standard* vom 12.09.2016.
- Schöpf, Alois. 2014. Zerstöre dich selbst! *Tiroler Tageszeitung*. https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-10/medienanalyse_datensatz_qualitativ_2005-2020_kurzstudie_0%281%29.xlsx. Zugegriffen: 20.03.2023.
- Sprenger, Michael. 2009. Faymanns Dilemma. *Tiroler Tageszeitung*. https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-10/medienanalyse_datensatz_qualitativ_2005-2020_kurzstudie_0%281%29.xlsx. Zugegriffen: 20.03.2023.
- Steiner, Linda. 2017. Gender and Journalism. In: *Oxford Research Encyclopedia of Communication*, herausgegeben von Jon Nussbaum. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228613.013.91>.
- Strejcek, Gerhard. 2012. Die Trautntänzer im Robin-Hood-Kostüm »Reichensteuer« und Transaktionssteuer sind fiskalische Dummheiten. *Der Standard* vom 12.10.2012.
- Stummvoll, Günter. 2019. Es trifft nicht nur die Superreichen! *Die Presse* vom 13.09.2019.
- Theine, Hendrik 2019. Media coverage of wealth and inheritance taxation in Germany. Department of Economics Working Paper Series 290. Wien: Wirtschaftsuniversität Wien.
- Theine, Hendrik, und Andrea Grisold. 2022. Die Medienberichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland: eine korpuslinguistische Analyse. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32: 189–219. <https://doi.org/10.1007/s41358-022-00314-6>.
- Theine, Hendrik, und Maria Rieder. 2019. »The billionaires' boot boys start screaming« – A Critical Analysis of Economic Policy Discourses in reaction to Piketty's »Capital in the 21st Century«. In: *Critical Policy Discourse Analysis*, herausgegeben von Jane Mulderrig, Michael Farrelly und Nicola Montessori, 169–192. Cheltenham: Edward Elgar.
- Thibodeau, Paul H., Rose K. Hendricks und Lea Boroditsky. 2017. How Linguistic Metaphor Scaffolds Reasoning. *Trends in Cognitive Sciences* 21 (11): 852–863.
- van Dijk, Teun A. 1991. The interdisciplinary study of news as discourse. In: *A Hand-*

- book of Qualitative Methodologies for Mass Communication Research*, herausgegeben von Nicholas W. Jankowski und Klaus Bruhn Jensen, 104–120. London: Routledge.
- van Dijk, Teun A. 2009. News, Discourse, and Ideology. In *The Handbook of Journalism Studies*, herausgegeben von Karin Wahl-Jorgensen und Thomas Hanitzsch, 211–224. New York: Routledge.
- van Dijk, Teun A. 2013. CDA is NOT a method of critical discourse analysis. <https://www.edisoportal.org/ca/blog/en-voz-alta/cda-is-not-a-method-of-critical-discourse-analysis>. Zugegriffen: 02.04.2023.
- van Leeuwen, Theo. 2008. *Discourse and Practice: New Tools for Critical Discourse Analysis*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Völker, Michael. 2011. Politik der Boshaftigkeit. *Der Standard* vom 19.12.2011.
- Wall-Strasser, Sepp. 2009. Schwarze Fiskaldemagogie. *Der Standard* vom 08.05.2009.

Open Access

Dieser Beitrag erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.